

terer Besuche in Taiwan enthalten müsse. Der Dalai Lama hatte Taiwan zuletzt 1997 besucht, aber jüngst eine weitere Reise dorthin kurzfristig abgesagt, um die Chancen eines direkten Dialogs mit Beijing nicht zu gefährden (siehe C.a. 1998/6, S.593).

Mitte September sind zwei Tibeter, die offenbar als chinesische Spione Erkenntnisse am indischen Exilsitz des Dalai Lama in Dharamsala (480 Kilometer nördlich von New Delhi) sammelten, von den indischen Sicherheitskräften festgenommen worden. Die beiden Dreißigjährigen, die einer 1996 vom Dalai Lama verbotenen, rivalisierenden Sekte angehören sollen, waren nach Auskünften der indischen Behörden von der chinesischen Volksbefreiungsarmee ausgebildet worden. Der Personenschutz des Dalai Lama war bereits Anfang des Jahres verstärkt worden, weil Anschläge von rivalisierenden Gruppierungen in der tibetischen Exilgemeinde befürchtet worden waren. (SCMP, 17.9.1998)

In die Geschichte der Verbindungen zwischen amerikanischer CIA und tibetischer Exilbewegung (nach der Flucht des Dalai Lama aus Tibet 1959) ist durch jüngst freigegebene historische Dokumente der CIA neues Licht gekommen. (IHT, 16.9.1998; Itar-Tass, 2.10.1998, nach SWB, 6.10.1998) Demzufolge erhielt die Exilbewegung in den sechziger Jahren durchschnittlich 1,7 Mio. US-Dollar an finanzieller Unterstützung durch die CIA. Unter anderem wurden damals 2.100 tibetische Guerillakämpfer in Lagern in Nepal und in Colorado ausgebildet. Die amerikanische Unterstützung war Teil einer internationalen Strategie zur Schwächung kommunistischer Herrschaftssysteme durch eine breite Förderung antikommunistischer Widerstandsbewegungen.

Mit der Entspannung in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen Anfang der siebziger Jahre stellte die CIA ihre Finanz- und Ausbildungshilfe ein. Auch scheint die Kooperation im Bereich der Spionage- und Kampfausbildung nicht besonders erfolgreich verlaufen zu sein. Ein CIA-Beamter schrieb in einem Bericht: „The Tibetans by nature did not appear to be congenitally inclined toward conspiratorial proficiency“. Bis heute allerdings unterstützen andere amerikanische Regierungsstellen die Exilbewegung des Dalai Lama, was von chine-

sischer Seite als Beleg dafür gewertet wird, daß der Dalai Lama ein „Agent ausländischer feindlicher Kräfte“ sei, die auf eine Abspaltung Tibets von China hinarbeiteten. -hei-

13 Zahl der Hinrichtungen geht zurück – Kampagne „Hart zuschlagen“ wird fortgeführt

Nach Erkenntnissen von Amnesty International ist die Zahl der in der VR China vollstreckten und im Ausland registrierten Hinrichtungen 1997 (1.876 Exekutionen) gegenüber 1996 (4.367) drastisch gesunken. Die Verringerung wurde auch von einem Richter des Obersten Volksgerichtes bestätigt, der von einem beachtlichen Rückgang an Todesurteilen und Exekutionen sprach. (SCMP, 4./9.9.1998) Der Rückgang wird auf neue interne Verfahrens- und Urteilsrichtlinien für die chinesischen Gerichte sowie auf die umfassende Novellierung des chinesischen Strafgesetzes im letzten Jahr zurückgeführt. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1997 war die Verhängung der Todesstrafe bei Diebstahlsdelikten, die einen großen Teil der Strafsachen ausmachen, deutlich eingeschränkt worden.

Im Jahre 1996 war mit Beginn der Kampagne „Hart zuschlagen“, die insbesondere der Bekämpfung von Gewalt- und Schwerstkriminalität dienen sollte, ein sprunghafter Anstieg von Todesurteilen und Exekutionen zu verzeichnen gewesen (siehe C.a. 1996/5, S.477, 1997/8, S.739 und 1997/9, S.839). 1997 ging die Zahl der Todesurteile und Hinrichtungen wieder auf das Niveau der Jahre vor 1996 zurück.

Im September rief jedoch Luo Gan, der in der Parteispitze mit Sicherheits-, Justiz- und Polizeiangelegenheiten betraut ist und der ZK-Kommission für Politik und Recht vorsteht, zur Fortführung der Kampagne „Hart zuschlagen“ und insbesondere des Kampfes gegen die Gewaltkriminalität auf. (XNA, 11.9.1998) Die Sicherheitslage habe sich zwar in vielen Landesteilen verbessert. In einigen Regionen aber sei weiterhin ein Anstieg der Schwerstkriminalität zu verzeichnen, der nicht hingenommen werden könne. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

14 Einweihung der neuen Zhejiang-Universität

Am 15. September 1998 wurde die neue Zhejiang-Universität, die ein Zusammenschluß von vier in Hangzhou angesiedelten Universitäten und Hochschulen ist, offiziell eingeweiht. Zum Festakt anläßlich der Neueröffnung waren zahlreiche Politiker erschienen, darunter der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing und Bildungsministerin Chen Zhili. Die neue Universität ist aus der Zusammenlegung der bisherigen Zhejiang-Universität, der Universität Hangzhou, der Landwirtschaftlichen Hochschule Zhejiang und der Medizinischen Hochschule Zhejiang hervorgegangen. Sie untersteht dem Bildungsministerium der Zentralregierung, wird aber gemeinsam von diesem und der Provinzregierung Zhejiangs verwaltet, d.h. bei wichtigen Dingen wird die Zentrale eingeschaltet, während für die Routinearbeit die Provinzregierung zuständig ist. Durch den Zusammenschluß ist die Universität, gemessen an der Zahl der Fakultäten, zur größten Universität des Landes geworden. Sie umfaßt jetzt elf Fakultäten (Philosophie, Literatur, Geschichte, Pädagogik, Naturwissenschaften, Wirtschaftswissenschaft, Jura, Management, Technik, Landwirtschaft, Medizin; lediglich Militärwissenschaft ist nicht vertreten). Im einzelnen gibt es an diesen elf Fakultäten 145 Fächer für das vierjährige Grundstudium, 192 Fächer für ein Magisterstudium, 124 Fächer für ein Doktorandenstudium und 12 Post-Doc-Programme. Die Zahl der eingeschriebenen Studenten beträgt rund 30.000, darunter rund 5.000 Postgraduierte und gut 300 ausländische Studenten. Zum Lehrkörper zählen u.a. 800 Professoren und 1.600 Assistenzprofessoren. (RMRB, GMRB, 16.9.98)

Die Zusammenlegung von Hochschulen ist Teil der Hochschulreform der neunziger Jahre. In den vergangenen Jahren ist es bereits zu mehreren Hochschulzusammenschlüssen gekom-

men, beispielsweise in Beijing (vgl. C.a., 1997/12, Ü 21). Damit werden in erster Linie Rationalisierungsziele verfolgt; so sollen Personal eingespart und die vorhandenen Ressourcen besser genutzt werden, damit die Universitäten den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts besser begegnen können, d.h. die Universitäten sollen wettbewerbsfähiger gemacht werden. Durch Zusammenarbeit sollen sich die betr. Hochschulen gegenseitig ergänzen und ihr Niveau anheben. Insgesamt soll die Effektivität von Lehre und Forschung gesteigert werden. Diesem Zweck dient im vorliegenden Fall nicht zuletzt das Hochschul-Computernetz, durch das die einzelnen Institute der neuen Universität vernetzt sind und das das größte dieser Art in China sein soll. Dazu gehört auch eine elektronische Bibliothek. (XNA, 16.9.98) Die Zhejiang-Universität gilt als Pilotprojekt, nach dessen Muster weitere Zusammenschlüsse im Hochschulbereich erfolgen sollen. Vor allem aber soll die Zhejiang-Universität bis zum Jahre 2005 zu einer Spitzenuniversität in Asien ausgebaut werden und bis zum Jahre 2015 zu den weltbesten Universitäten zählen (SCMP, Internet Ed., 9.9.98).

Als Hintergrund dieser neuen Hochschulpolitik sind historische Gründe anzuführen. Das Hochschulsystem, wie es in den fünfziger und sechziger Jahren aufgebaut worden war und wie es nach der Kulturrevolution wiedererstanden ist, orientierte sich weitgehend am sowjetischen Vorbild, d.h. die Hochschulen wurden zentral verwaltet, waren vielfach sehr speziell ausgerichtet (Fachhochschulen), häufig redundant und von niedrigem Niveau. Diese für nicht mehr zeitgemäß erachtete Struktur soll durch die Reform überwunden werden, wobei das Ziel verfolgt wird, die Qualität der Hochschulbildung anzuheben und die Hochschulstandorte rational zu verteilen. Diese Politik findet jedoch nicht nur Befürworter. Widerstand kommt zum einen von den Ministerien, und zwar den Branchenministerien (von denen einige im Frühjahr 1998 ohnehin aufgelöst wurden), weil sie durch die Zusammenlegungen die ihnen unterstehenden Fachhochschulen verlieren. Denn aus den Zusammenschlüssen gehen umfassende Universitäten hervor, die nun keine spezielle Ausrichtung mehr haben und daher dem Bildungsministerium unterstellt wer-

den. Angeblich sollen bereits zehn Ministerien Protest dagegen eingelegt haben, daß sie ihre Bildungseinrichtungen an das Bildungsministerium „abgeben“ sollen. Zum anderen rührt sich Widerstand bei den Hochschulen selbst. Sie sehen kommen, daß ein großer Teil ihrer Professoren und ihres sonstigen Personals aus Rationalisierungsgründen entlassen wird. Außerdem befürchten sie, ihre gewachsenen Besonderheiten zu verlieren. (SCMP, Internet Ed., 5. u. 9.9.98) Die Entwicklung ist jedoch nicht mehr aufzuhalten. Der Konzentrationsprozeß im Hochschulbereich wird sich fortsetzen, denn kleine Fachhochschulen mit riesigem Verwaltungsapparat und überdimensioniertem Lehrkörper bei relativ geringer Studentenzahl werden dem Wettbewerb um die knappen Finanzmittel künftig nicht mehr standhalten können. -st-

15 Zwanzig Jahre nichtstaatliche Bildung

In diesem Jahr wird die von Deng Xiaoping eingeleitete Reform- und Öffnungspolitik zwanzig Jahre alt. Sie hatte nicht zuletzt tiefgreifende Auswirkungen auf das Bildungswesen, denn wie kaum ein anderer Bereich war das Bildungssystem in der Kulturrevolution einschneidenden Veränderungen unterworfen gewesen, die jedoch seit 1978 zum allergrößten Teil wieder zurückgenommen wurden. Teils wurden die alten Verhältnisse aus der vorkulturrevolutionären Zeit wiedereingeführt, teils wurden neue Wege gegangen, um das chinesische Bildungswesen an internationale Strukturen und Standards anzupassen.

Eine der wichtigsten Neuerungen, die vor zwanzig Jahren eingeführt wurden, war die Zulassung nichtstaatlicher Bildungseinrichtungen, die die Volksregierung bereits Anfang der fünfziger Jahre abgeschafft hatte. Es handelt sich hierbei um Schulen, die nicht aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, sondern deren Träger nichtstaatliche Organisationen, Stiftungen, Betriebe oder Privatleute sind. Für sie werden alternativ die Begriffe *minban xuexiao* (vom Volk oder von Bürgern betriebene Schulen) und *shehui lilian banxue* (von gesellschaftlichen Kräften betriebene Schulen) verwendet. Der erste Begriff bezeichnete bis zum Ende der Kulturrevolution Schulen, die auf der unter-

sten Verwaltungsebene der Volkskommunen von den Kollektiven betrieben wurden. Eigentlich waren sie öffentliche Schulen, die aber keine staatlichen Mittel erhielten, sondern ausschließlich von den Dörfern finanziert wurden. Seit 1978 hat sich der Begriff gewandelt und steht heute im Grunde für Privatschulen, die von verschiedenen „gesellschaftlichen Kräften“ betrieben werden.

Diese nichtstaatlichen Schulen sind zu einem unerläßlichen Bestandteil des heutigen chinesischen Bildungssystems geworden, denn der Staat sieht sich allein nicht in der Lage, den großen Bedarf an gut ausgebildeten Fachleuten zu decken, ja er kann noch nicht einmal die Lücken in der Grundbildung allein füllen. Hier müssen nichtstaatliche Schulen einspringen, die es für alle Schultypen gibt. Sie weisen eine große Bandbreite auf; es gibt sie im Pflichtschulbereich (hier reichen sie von teuren elitären Privatschulen bis hin zu den sog. „Hoffnungsschulen“, die über Spenden von der Chinesischen Jugendstiftung finanziert werden und in unterentwickelten ländlichen Gegenden Schulabbrechern den Schulbesuch ermöglichen sollen), vor allem aber im nichtformalen Bildungswesen, also in den Bereichen Kindergarten, Berufsbildung und Hochschulbildung. Gesetzliche Bestimmungen für nichtstaatliche Schulen wurden am 31. Juli 1997 erlassen (vgl. C.a., 1997/8, Ü 10).

Insgesamt beläuft sich die Zahl der nichtstaatlichen Schulen heute auf gut 50.000, die sich wie folgt aufgliedern (Stand Ende 1997):

Kindergärten	24.643
Grundschulen allgemeinbild.	1.806
Mittelschulen (I u.II)	1.702
berufliche Mittelschulen	689
Fachmittelschulen	1.036
Hochschulen	1.272
Andere Bildungseinrichtungen	20.000

Unter den Hochschulen gibt es 20, die staatlich anerkannte Diplome über reguläre Studiengänge vergeben, die also den staatlichen Hochschulen gleichgestellt sind. Ferner zählen dazu 157 Hochschulen, die zwar reguläre Studiengänge anbieten, deren Diplome aber nicht anerkannt sind, so daß staatlich anerkannte Prüfungen extern im Rahmen der Prüfungen für Selbststudierer (*zixue kaoshi*) nachgeholt werden müssen oder an einigen

dieser Hochschulen selbst versuchsweise abgelegt werden können. Die restlichen Hochschulen (1.095) bieten keine regulären Studiengänge mit anerkannten Examina an. (Vgl. RMRB, 7.9.98)

Bei der letztgenannten Kategorie „Andere Bildungseinrichtungen“ dürfte es sich größtenteils um Einrichtungen der Erwachsenenbildung handeln, die im Rahmen nichtformaler Bildung Weiterbildungskurse anbieten.

Nichtstaatliche Bildungseinrichtungen werden vom Staat vor allem wegen ihres finanziellen Beitrages geschätzt, den sie zum Ausbau des Bildungs- und Ausbildungswesens leisten. Zu den gesamten öffentlichen Bildungsausgaben weltweit trägt China nur mit einem Anteil von 2 Prozent bei, muß davon aber die Bildung von 25 Prozent der Bildungsempfänger der Welt finanzieren. Dies zeigt, daß die staatlichen Zuwendungen für das Bildungswesen in China bei weitem nicht ausreichen. Der Mangel spiegelt sich auch in folgenden Angaben wider: Jedes Jahr können fast 10 Prozent der Grundschulabgänger, 50 Prozent der Absolventen der Sekundarstufe I und 75 Prozent der Absolventen der Sekundarstufe II keine weiterführende Schule besuchen (ebd.). Allerdings ist anzumerken, daß die niedrigen Übergangszahlen nicht nur auf fehlende staatliche Schulen zurückzuführen sind, sondern auch auf die teilweise recht hohen Schulgebühren, die auch die staatlichen Schulen erheben und die die Familien u.U. stark belasten. Hier würden nichtstaatliche Schulen wenig ausrichten können, denn an ihnen muß außerdem noch Schulgeld gezahlt werden.

Nichtstaatliche Schulen erfüllen aus bildungspolitischer Sicht eine wichtige Funktion, weil sie einen Beitrag zur Verbesserung der Chancengleichheit leisten. Eine solche ist in China nach wie vor im Bildungswesen nicht gegeben, doch ansatzweise wird sie durch die nichtformalen Bildungseinrichtungen eingeführt. Wenn beispielsweise nur 25 Prozent der Absolventen der Sekundarstufe II eine tertiäre Bildungseinrichtung besuchen können, so bleibt dem Rest immer noch die Möglichkeit, eine nichtstaatliche Hochschule zu besuchen. Von diesen vergeben zwar nur die wenigsten anerkannte akademische Grade, aber über die Prüfungen für „Selbststudierer“ können vollakademische Grade erworben werden. Entsprechende Bestimmun-

gen wurden 1981 und in revidierter Form 1988 erlassen (vgl. C.a., 1988/3, Ü 21; s.a. GMRB, 2.9.98, S.6). -st-

16 Weniger Auslandsstudenten mit staatlichen Stipendien

In diesem Jahr hat der chinesische Staat nur halb so viele Auslandsstipendien bewilligt wie 1997. Während der Staatliche Stipendienausschuß für Auslandsstudien 1997 noch 3.420 Stipendien vergab (vgl. C.a., 1997/8, Ü 9), sind es in diesem Jahr nur 1.709. Eine Erklärung für den Rückgang wurde nicht gegeben, doch ist zu vermuten, daß wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend sind. Auch die Zahl der Bewerber reduzierte sich in diesem Jahr drastisch; sie betrug nur knapp zehn Prozent der letztjährigen Bewerberzahl: 1997 waren es 40.000, 1998 nur 3.816 Bewerber. Hierfür gibt es jedoch eine plausible Erklärung, denn in diesem Jahr hat man die Auswahlprozedur für Bewerber um ein Auslandsstudium vereinfacht. Insbesondere wurde die Arbeit des Stipendienausschusses dezentralisiert; nunmehr gibt es auf Provinzebene Bewerbungszentren, die die Interessenten beraten und bei denen die Bewerbungsunterlagen eingereicht werden können. Aufgrund der Beratung wurde bereits im Vorfeld der überwiegende Teil der Interessenten ausgeschieden. Die Zahl der Interessenten betrug wie im letzten Jahr rund 40.000.

Auch in diesem Jahr wurden wieder vornehmlich ältere Wissenschaftler ausgewählt. Studenten ohne Examen können nur noch als Selbstzahler im Ausland studieren. Ähnlich wie im letzten Jahr betrug der Anteil der Senior Research Fellows 26 Prozent, der Anteil der Gastwissenschaftler 74 Prozent. Nach Fachrichtungen aufgeteilt, ergeben sich folgende Anteile:

Naturwissenschaften	10,3%
Ingenieurwissenschaften	32,9%
Medizin	15,2%
Agrarwissenschaft	9,1%
Wirtschaftswissenschaften	10,4%
Geisteswissenschaften	16,1%
Seltene Sprachen	6%

Es überwiegen wiederum die angewandten Wissenschaften. Der Anteil der Ingenieurwissenschaften und der Medizin ist etwa gleich geblieben, während derjenige der Naturwissenschaften um etwa 5 Prozent, der Agrarwissenschaft um 3 Prozent zurückging. Dafür erhöhten sich die An-

teile für Wirtschafts- und Geisteswissenschaften leicht und konnten vor allem Fachleute für seltene Sprachen ein Auslandsstipendium erhalten.

Weiterhin gute Erfahrungen werden mit den neuen Bestimmungen für Auslandsstudien, nach denen sich die Auslandsstudenten vertraglich zur Rückkehr verpflichten und eine Kautionszahlung müssen, gemacht. Bis Ende August 1998 waren 85,7 Prozent der Vorjahresstipendiaten fristgerecht zurückgekehrt. Der Rest zahlt dem Staat die erforderliche Entschädigung. (Vgl. GMRB, 11.9.98, S.2) -st-

17 Propagandawoche für Verbreitung von Hochchinesisch

Mitte September wurde in China zum erstenmal eine Propagandawoche für die Verbreitung des Hochchinesischen, der sog. Allgemeinsprache (*putonghua*) durchgeführt. Diese Aktivität soll in Zukunft jährlich wiederholt werden. Der Zeitpunkt ist günstig gewählt, denn in ganz China beginnt Anfang September das neue Schul- und Studienjahr. Die Einführung der Allgemeinsprache war im Januar 1986 auf einer Konferenz über die chinesische Sprache und Schrift als wichtigste Aufgabe der Sprach- und Schriftarbeit bezeichnet worden. Damals hatte man sich das Ziel gesetzt, die Allgemeinsprache bis zum Ende des Jahrhunderts generell in Schulen und Hochschulen, in Verwaltung und Wirtschaft sowie in Medien und Theater als Kommunikationsmittel einzuführen (vgl. C.a., 1986/1, Ü 23). Von diesem Ziel ist man 1998 noch weit entfernt, und so hat sich die Führung diese neue Aktivität ausgedacht. Die *Volkszeitung* brachte am 14.9.1998 aus Anlaß der Aktionswoche einen Leitartikel, in dem die Notwendigkeit der Verbreitung einer einheitlichen Umgangssprache begründet wird. Zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und des gesellschaftlichen Fortschritts sei die allgemeine Verwendung des *putonghua* unerlässlich. Deshalb sei auch in der Verfassung von 1982 festgelegt, daß der Staat die Verbreitung des *putonghua* fördere. In den vergangenen Jahren habe man große Fortschritte erzielt, aber aufgrund der Größe des Landes und der Bevölkerung, der schwachen kulturellen Grundlage und der ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung werde *putonghua* noch längst nicht überall verwendet.

Die Propaganda müsse der Gesellschaft die Wichtigkeit und Dringlichkeit des allgemeinen Gebrauchs der Alltagsprache klarmachen. Diese solle keinesfalls die Dialekte verdrängen, die in bestimmten Situationen durchaus ihren Gebrauchswert und ihren kulturellen Wert hätten, aber alle Menschen müßten außer ihrem Dialekt auch noch eine allgemeinverständliche Sprache beherrschen. *Putonghua* müsse in Rundfunk und Fernsehen, im Schulunterricht, in der Verwaltung und bei allen öffentlichen Gelegenheiten gesprochen werden. Die Regierungen aller Ebenen werden aufgerufen, sich um die Verbreitung der Alltagsprache zu kümmern und vor allem darauf zu achten, daß *putonghua* zur Grundlage des Bildungswesens werde. Dazu gehöre z.B., daß die Bildungsämter die Lehrer überprüfen. Auch in den Betrieben müsse die Beherrschung des *putonghua* zu einem Qualitätsmerkmal der Arbeiter und Angestellten werden.

Die Verbreitung der Alltagsprache wird als großes gesellschaftliches Projekt bezeichnet, dem sich das ganze Land verpflichtet zu fühlen habe. Bemerkenswerterweise wird als Zielmarke nicht mehr die Jahrhundertwende genannt, sondern nunmehr die Mitte des 21. Jahrhunderts angepeilt (ebd.). Dies zeigt, daß die bisherigen Bemühungen wenig gefruchtet zu haben scheinen und daß es noch großer Anstrengungen bedarf, bis das Ziel erreicht ist. Ohnehin sind die Chancen des Projekts angesichts der stark ausgeprägten lokalen Identitäten, die sich im China der Reformperiode wieder ungehinderter herausbilden können, skeptisch zu beurteilen. Zu dieser Skepsis trägt nicht wenig das Wiederaufblühen des Kantonesischen bei. Durch die engen Kontakte Guangdongs mit Hongkong, wo Kantonesisch Umgangssprache ist, und den kulturellen Einfluß Hongkongs auf das südliche Festland dürfte es sehr schwer sein, den Gebrauch des Kantonesischen einzuschränken. -st-

18 Nationaler Frauenkongreß: Neue Themen

Vom 31. August bis zum 5. September 1998 fand in Beijing der achte Nationale Frauenkongreß statt, der Kongreß des Allchinesischen Frauenverbandes. Der Frauenverband war 1949 als eine der großen Massenorganisationen gegründet worden, die die Funktion hat-

ten, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen der Kontrolle der KPCh zu unterstellen. Heute gilt der Frauenverband offiziell als Nichtregierungsorganisation, untersteht de facto aber nach wie vor der Parteikontrolle. An dem Kongreß nahmen rund 1.300 Delegierte aus ganz China teil, die über 600 Millionen Frauen vertreten. Wichtigste Aufgaben des Kongresses waren die Billigung des Arbeitsberichts des siebten Exekutivkomitees des Frauenverbandes, eine Satzungsänderung und die Wahl des achten Exekutivkomitees (RMRB, XNA, 1.9.98).

Die Satzungsänderung betraf die Ergänzung der ideologischen Vorgaben durch die Theorien Deng Xiaopings. In das neue Exekutivkomitee wurden 219 Frauen gewählt (RMRB, 4.9.98). Neue Präsidentin des Frauenverbandes wurde Peng Peiyun, bis zum Frühjahr 1998 Ministerin für Familienplanung und heute stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK. Sie löste Chen Muhua ab, die zur Ehrenpräsidentin ernannt wurde (RMRB, 5.9.98; XNA, 5. u. 6.9.98).

Als wichtigste Themen standen auf dem Kongreß Frauenarbeitslosigkeit und die damit verbundenen Probleme, die Revision des Ehegesetzes und Gewalt gegenüber Frauen zur Diskussion. Was Arbeitslosigkeit angeht, so sind Frauen von Entlassungen besonders betroffen. Von den Ende 1997 registrierten entlassenen und arbeitslosen Arbeitern, deren Ziffer mit 5,77 Millionen angegeben wird, sollen 52,7 Prozent Frauen sein (XNA, 5.9.98). In Wirklichkeit dürfte der Anteil größer sein. Hier zu helfen sieht der Frauenverband als wichtige Aufgabe an. In den vergangenen zwei Jahren hat er 480.000 Frauen geholfen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, heißt es (ebd.). Die meisten dieser Jobs sollen allerdings im Dienstleistungssektor vermittelt worden sein, wo keine besonderen Qualifikationen gefragt sind. Doch mit Arbeitsvermittlung allein ist es nicht getan, erforderlich sind vor allem eine Anhebung des Bildungsniveaus und die Vermittlung spezieller Fähigkeiten, denn in beiderlei Hinsicht stehen Frauen, insbesondere solche mittleren Alters, weit unter dem Niveau der Männer. Deshalb organisieren die örtlichen Frauenverbände auf dem Lande Alphabetisierungskurse und Kurse zur Erlernung technischer und anderer Fähigkeiten. (Vgl. RMRB, 2. u. 4.9.98) Auf dem Kongreß wurde darüber hinaus eine psychologische Be-

treuung entlassener Frauen gefordert. Die Arbeitslosigkeit wirke sich negativ auf den Status der Frauen in Gesellschaft und Familie aus, und viele Frauen könnten dem Druck nicht standhalten; speziell für diese Frauen müßten Beratungsstellen eingerichtet werden (XNA, 5.9.98).

Die Delegierten des Frauenkongresses wandten sich einhellig gegen Pläne der Regierung, für Frauen das Prinzip der „periodischen Beschäftigung“ einzuführen. Dies würde bedeuten, daß Frauen nach der Heirat oder der Geburt ihres Kindes für mehrere Jahre aus dem Berufsleben ausscheiden und erst wieder ins Arbeitsleben einsteigen, wenn das Kind herangewachsen ist. Die Regierung erhofft sich durch eine solche Maßnahme eine Entlastung des Arbeitsmarktes und eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Von seiten der Frauen wurde jedoch eingewendet, daß nicht der große Anteil von Frauen an der Arbeitsbevölkerung, sondern die Wirtschaftsreformen der Grund für Arbeitslosigkeit und Entlassungen seien. Insbesondere die älteren Delegierten gaben zu bedenken, daß sie für die Gleichberechtigung der Frau gekämpft hätten. „Periodische Arbeit“ würde die Rolle der Frauen wieder auf die Familie beschränken mit der Folge, daß ihr Status in der Familie und Gesellschaft sinke. Dies bedeute einen Rückschritt gegenüber dem Erreichten. Auch würden viele Familien in finanzielle Schwierigkeiten geraten, wenn die Frau nicht mehr arbeite. Mann und Frau hätten gemeinsam die Verantwortung für das Aufziehen der Kinder und für die Hausarbeit zu tragen. Im übrigen zeigten Meinungsumfragen, die der Frauenverband durchgeführt habe, daß die überwiegende Mehrzahl der Frauen gegen das Prinzip der „periodischen Beschäftigung“ sei. (XNA, 6.9.98)

Pläne für eine Revision des Ehegesetzes von 1980 wurden vor einiger Zeit bekannt und waren auch auf dem Frauenkongreß Gegenstand heftiger Diskussionen. Sie wurden hervorgerufen durch die Tatsache, daß immer mehr Männer sich Freundinnen oder Konkubinen halten. Diese Erscheinung, die auch mit dem zunehmenden Wohlstand zusammenhängt, ist besonders in Hongkong verbreitet, wo viele Ehemänner Konkubinen in Guangdong unterhalten; sie erlangt mittlerweile allerdings auch auf dem Festland immer größere Ausmaße, selbst in höchsten Kaderkreisen

ist sie keine Ausnahme mehr. Zum Schutz der Familie und zur Wahrung der gesellschaftlichen Stabilität plädieren viele Frauen für eine strengere gesetzliche Handhabung dieser Praxis. Sie fordern ein Verbot außerehelicher Beziehungen und eine Erschwerung der Scheidung. So soll in ein revidiertes Ehegesetz aufgenommen werden, daß Eheleute zu gegenseitiger Treue verpflichtet sind. Damit würden außereheliche Beziehungen praktisch für illegal erklärt, und das stehe in Einklang mit dem Prinzip der Monogamie, heißt es von den Befürwortern der Revision. Außerdem soll verfügt werden, daß eine Scheidung erst möglich ist, nachdem die Eheleute drei Jahre getrennt gelebt haben, und daß der betrogene Partner entschädigt werden muß, wenn der andere Partner ein Verhältnis hat. Bisher kann eine Ehe geschieden werden, wenn keine gegenseitige Zuneigung mehr gegeben ist. Viele Frauen meinen, daß Ehescheidungen im derzeit gültigen Recht zu einfach seien und die Rechte der Frauen nicht genügend geschützt würden. (Vgl. dazu XNA, 3.8.98) Eine der wichtigsten Befürworterinnen einer Revision des Ehegesetzes ist Wu Changzhen, Jura-Professorin an der Chinesischen Universität für Politische Wissenschaft und Recht. Doch es sind durchaus nicht alle Frauen für eine solche Gesetzesinitiative; viele halten die vorgeschlagene Gesetzesänderung für einen Rückschritt. Die bekannte Soziologin Li Yinhe beispielsweise, die sich an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften mit Ehe und Familie befaßt, meint, eine solche Gesetzesänderung würde die hart erkämpfte Scheidungsfreiheit chinesischer Bürger wieder einschränken. Vor allem die jüngere Frauengeneration ist gegen die Aufnahme eines Verbots außerehelicher Beziehungen und eines gegenseitigen Treuegebots. Soziologen weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die jüngere Generation liberalere Vorstellungen hinsichtlich Ehe, Familie und Sex habe. (XNA, 3.8.98 u. 5.9.98)

Zum Thema Gewalt gegen Frauen wurde auf dem Kongreß zum einen über Gewalt in der Familie, zum anderen über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz diskutiert. Über beide Erscheinungen wird in China erst neuerdings in der Öffentlichkeit gesprochen. In jüngster Zeit häufen sich Berichte über Gewalt gegenüber Frauen in

der Familie, insbesondere in Familien, in denen der Mann arbeitslos geworden ist oder ein außereheliches Verhältnis hat. In Großstädten wie Beijing und Shanghai gibt es Hotlines und Zufluchtstätten für Opfer, doch die meisten Frauen erhalten keinerlei Hilfe. Aus diesem Grunde wird jetzt eine Gesetzesinitiative gefordert, damit Ehemänner bei Vergehen dieser Art bestraft werden können. Das gleiche gilt für sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, ebenfalls ein Thema, das auf dem Kongreß erörtert wurde mit dem Ziel, Frauen durch gesetzliche Regelungen zu schützen. (XNA, 5. u. 6.9.98)

Die auf dem Frauenkongreß behandelten Themen lassen erkennen, daß sich der Frauenverband längst nicht mehr nur als Vermittler zwischen der Partei und den Frauen begreift, sondern selbstbewußt neue Frauenfragen aufgreift, über die auch international diskutiert wird. Seit der Ausrichtung des Weltfrauenkongresses in Beijing im Jahre 1995, die der chinesischen Frauenbewegung einen großen Aufschwung brachte, ist der Chinesische Frauenverband nicht mehr mit besonderen Initiativen hervorgetreten, und die Frauenbewegung hat viel an Schwung verloren. Gelänge es nach diesem Kongreß dem Frauenverband mit seinen Zweigstellen auf allen Ebenen, die Sorgen und Nöte der Frauen und ihre benachteiligte Situation wieder stärker in das Bewußtsein der chinesischen Öffentlichkeit zu bringen, wäre den chinesischen Frauen viel geholfen. -st-

19 Umweltschutzmaßnahmen gegen Überschwemmungen

Nach den verheerenden Überschwemmungen dieses Sommers am Yangzi und in Nordostchina hat in China die Ursachenforschung eingesetzt. Neben den außergewöhnlichen Witterungsbedingungen werden als die beiden wichtigsten Gründe, die die Überschwemmungen mit verursacht haben, das Abholzen der Wälder und namentlich in der Yangzi-Region die Zerstörung der natürlichen Feuchtgebiete entlang der Flüsse und Seen durch Landgewinnung genannt. Übermäßiges Abholzen in den Regionen am Oberlauf des Yangzi habe zu verstärkter Erosion und diese ihrerseits zum Versanden der Flußläufe sowie zu höheren Wasserständen geführt. In der Provinz Yunnan beispielsweise hat sich

die Walddecke von 50 Prozent in den fünfziger Jahren auf heute 24 Prozent um mehr als die Hälfte reduziert. Im gleichen Zeitraum hat sich die Bodenerosion von 6,3 Prozent der gesamten Landfläche der Provinz auf heute 38 Prozent erhöht (XNA, 10.9.98). Zwar wurde 1989 ein Aufforstungsprojekt eingeleitet, durch das am Ober- und Mittellauf des Yangzi ein Schutzgürtel entstehen soll, aber bisher hat sich noch nicht einmal die Hälfte aller Kreise in der betr. Region an dem Projekt beteiligt, so daß es sehr schwierig sein dürfte, wieder eine Waldbedeckung wie in den fünfziger Jahre zu erreichen (ebd.).

Obwohl China über eine relativ gute Umweltschutzgesetzgebung verfügt, läßt die Einhaltung der Gesetze sehr zu wünschen übrig. Dies hat auch Premierminister Zhu Rongji beklagt. So gibt es seit 1997 z.B. ein offizielles Verbot, am Oberlauf des Yangzi und des Huanghe Holz zu fällen. Das Verbot soll auch auf Nordostchina ausgedehnt werden (XNA, 2.9.98). Die verminderte Holzproduktion soll durch Holzeinfuhren ausgeglichen werden. Zhu Rongji rief die Bevölkerung zu verstärkten Anstrengungen beim Aufforsten auf. Yunnan, Sichuan und Chongqing haben als Sofortmaßnahmen umfangreiche Aufforstungsprogramme aufgelegt (XNA, 12., 13., 14.9.98). Das Problem wird allerdings sein, darüber zu wachen, daß die knappen finanziellen Mittel zweckbestimmt eingesetzt werden, und illegales Holzfällen zu unterbinden.

Auch beim zweiten großen ökologischen Problem, dem Verlust der natürlichen Feuchtgebiete entlang der Fluß- und Seeufer durch Landgewinnungsmaßnahmen, wird deutlich gesehen, daß hier dringend Abhilfe geschaffen werden muß. Nach offiziellen Angaben soll sich die Fläche von acht Seen am Mittel- und Unterlauf des Yangzi seit den fünfziger Jahren um ein Drittel verringert haben (XNA, 23.9.98). Fachleute eines Sonderkomitees für die Ökologie der Feuchtgebiete, das der Chinesischen Gesellschaft für Ökologie untersteht, fordern in einem offenen Brief ein sofortiges Verbot der Landgewinnung in Feuchtgebieten entlang der Fluß- und Seeufer. In ihrem Schreiben nennen sie alarmierende Zahlen: Landesweit habe sich durch Landgewinnung das Fassungsvermögen der Seen um 32,5 Mrd. Kubikmeter verringert. Das Fassungsvermögen des Poyang-Sees sei

um 452 Mio. Kubikmeter gesunken, das des Dongting-Sees um 40 Prozent und das anderer Seen am Yangzi-Mittellauf um 50 Prozent. Durch Verschlammung erhöhe sich der Grund des Dongting-Sees jährlich um 3,7 mm; 75 Prozent des Dongting-Sees seien von Verschlammung betroffen, beim Poyang-See seien es 49 Prozent. Die Verfasser des offenen Briefes weisen auf die zahlreichen Wohngebiete und Fabriken hin, die auf den wichtigen Überflutungsflächen entlang des Yangzi gebaut wurden. Diese Eingriffe in die natürlichen Überflutungsgebiete hätten den Druck auf den Flußlauf des Yangzi erhöht. Auch die aufgrund der Verschlammung erhöhten Flußbetten und der Bau höherer Deiche hätten das hydrologische Gleichgewicht zwischen Seen, Flüssen und Überflutungsflächen gestört und trügen zu den Überschwemmungen bei. (XNA, 2.9.98)

Um hier Abhilfe zu schaffen, hat eine Reihe von Provinz- und Kreisregierungen, vor allem in den am härtesten betroffenen Provinzen Hunan, Hubei und Jiangxi, beschlossen, weite Gebiete, die von der Flut betroffen waren, nicht wieder zu besiedeln, sondern sie als potentielle Überflutungsgebiete, d.h. als Ausweichflächen, bestehen zu lassen. Dies bedeutet, daß die betroffene Landbevölkerung nicht in ihre Dörfer zurückkehren kann; statt dessen sollen sie in andere Orte umgesiedelt werden, wo innerhalb der nächsten drei Jahre für die Betroffenen neue Häuser entstehen sollen. (Vgl. XNA, 23.9.98 u. 1.10.98) Die Umsiedlungsmaßnahmen und vor allem die Rückverwandlung neugewonnener Landflächen in Überflutungsgebiete wird nicht leicht zu bewerkstelligen sein. Angesichts der akuten Landknappheit in den dichtbesiedelten Gebieten entlang der Flußläufe wird es schwierig sein, Ersatzflächen für den Bau von Wohnhäusern und Fabriken zu finden, ganz zu schweigen von landwirtschaftlichen Nutzflächen. Zudem dürften die ökologisch notwendigen Pläne mit den staatlichen Plänen für den Ausbau der Yangzi-Region zwischen Shanghai und Chongqing zu einer entwickelten Wirtschaftszone kollidieren.

Intern wird auch scharfe Kritik an der Regierung geübt, die es versäumt haben soll, eine verantwortliche Umwelt- und Wasserbaupolitik durchzuführen, um Flutkatastrophen vorzubeugen. Dies berichtet eine Hongkong-

ger Zeitung. Die Kritik kommt angeblich von Mitgliedern der Politischen Konsultativkonferenz, Beratern und Intellektuellen, ohne daß darüber jedoch in den Medien berichtet worden wäre. Die Anschuldigungen sollen sich vor allem gegen Li Peng, bis März dieses Jahres Premierminister, richten. Ihm wird vorgeworfen, alle für den Wasserbau bestimmten Mittel in sein Lieblingsprojekt, den „Three Gorges“-Staudamm, gesteckt zu haben. Dadurch seien notwendige Deicharbeiten am Yangzi unterlassen worden, was die verheerenden Überschwemmungen mitverursacht habe. Selbst Premierminister Zhu Rongji soll privat Kritik an seinem Vorgänger geübt haben; er vertritt offenbar eine von Li abweichende Linie in bezug auf Wasserregulierung. (Vgl. SCMP, Internet Ed., 12.9.98) -st-

Außenwirtschaft

20 Weitere Maßnahmen gegen illegalen Kapitalabfluß: Verschärfte Devisenkontrollen und Aufforderung zum Repatriieren von Devisenguthaben

Ende September hat die People's Bank of China (POBC = Zentralbank) die inländischen Unternehmen, die Außenhandelsgeschäfte abwickeln, sowie die an ausländischen Börsen notierenden chinesischen Unternehmen angewiesen, ihre Devisenguthaben nach China zurückzuüberweisen. Einem Sprecher der Zentralbank zufolge bezieht sich die Anweisung zum Repatriieren nur auf die Deviseneinnahmen, die im internationalen Handel normalerweise zurück nach China überwiesen werden müßten.

Die Entscheidung erfolgte vor dem Hintergrund der stagnierenden Devisenreserven als Folge illegaler Devisentransaktionen im Außenhandel und bei anderen Kapitalbeschaffungsaktivitäten. Es wird davon ausgegangen, daß schätzungsweise 20 Mrd. US\$ in Form von Exporteinnahmen in den letzten sechs Monaten von chinesischen Unternehmen im Ausland behalten wurden. (SCMP, 29.9.98) Inländische Unternehmen wurden dazu aufgefordert, ihre im Ausland geparkten Deviseneinnahmen bis Anfang

Oktober zurückzuüberweisen, und es wurden ihnen Sanktionen angedroht, falls sie die Frist nicht einhalten. (FAZ, 30.9.98)

Auf einer Pressekonferenz teilte die Direktorin der Staatlichen Devisenverwaltung (State Administration of Foreign Exchange = SAFE), Wu Xiaoling, mit, daß die Zahl der Devisenverstöße und der Betrugsfälle mit illegalen Rückerstattungen der Exportsteuern mit Hilfe gefälschter Außenhandelsdokumente seit Anfang des Jahres rapide gestiegen sei. Um sich von der tatsächlichen Situation zu überzeugen, haben SAFE und die betreffenden Regierungsorganisationen gemeinsam seit Juli d.J. die Zollberichte bei Außenhandelsgeschäften mit einem Devisenwert von über 200.000 US\$ überprüft. Auf der Basis dieser Untersuchung hat die SAFE die Kontrollen über Devisentransaktionen im Rahmen der Leistungsbilanz verschärft. Um die Überprüfung der Voraussetzungen berechtigter Devisenansprüche abzukürzen, wollen SAFE, die Zollbehörden und die Banken eng zusammenarbeiten und ein Computer-Datennetz aufbauen. Ziel der Überprüfung ist Wu Xiaoling zufolge die Vermeidung von Kapitalabflüssen unter dem Deckmantel der Leistungsbilanztransaktionen, während die Unternehmen und Privatpersonen bei Vorlage der notwendigen Dokumente bei den Banken problemlos Devisen erhalten könnten. (XNA, 30.9.98) Teil der neuen Bestimmungen ist allerdings auch, daß die chinesischen Unternehmen nur in den Städten Devisen kaufen können, in denen ihr Unternehmen seinen Sitz hat. (AWSJ, 30.9.98) Die für den Devisenhandel zugelassenen chinesischen Banken müssen außerdem Zollerklärungen bei Außenhandelsgeschäften mit einem Wert von mehr als 10.000 US\$ im voraus überprüfen. (FAZ, 30.9.98)

Wu Xiaoling bedauerte auf der Pressekonferenz, daß die strengere Kontrolle der Außenhandelsdokumente für die Überprüfung berechtigter Devisenansprüche auch bei Unternehmen mit Auslandskapital zu gewissen Unbequemlichkeiten führen werde. Trotz der schärferen Devisenkontrollen bleibe China jedoch der außenwirtschaftlichen Öffnungspolitik verpflichtet. (FT, 30.9.98) Wu Xiaoling kündigte auch an, daß es Auslandsbanken in Städten außerhalb ihres Geschäftssitzes weiterhin erlaubt bleibe, Devisen für Unternehmen mit Auslands-